

### **Mehr Zeit zu selbstbestimmtem Leben und eigenverantwortlichem Lernen – Mehr Freiräume für die Jugendarbeit!**

Der 12. Kinder- und Jugendbericht macht deutlich, was inzwischen auch eine ganze Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen belegt: „Bildung ist mehr als Schule“. Das meint: Über 60 % der sozialen Fähigkeiten, die ein Mensch in seinem und für sein Leben lernt, erwirbt er/sie nicht in den formalisierten Strukturen von Schulen und Hochschulen, sondern in der alltäglichen Interaktion mit anderen Menschen in Familie, Freundeskreis und Zivilgesellschaft. Einen zentralen Bestandteil dieser nonformalen und informellen Lerngelegenheiten bilden dabei die Jugendverbände. Durch ihre basisdemokratische Struktur, ihre Vielfalt und die Freiwilligkeit des Engagements bieten die Jugendverbände einmalige Orte, in denen Kinder und Jugendliche lernen können, Verantwortung zu übernehmen, im Team zu arbeiten und Konflikte zu lösen. Diese Bedeutung der Jugendverbände wird in Rheinland-Pfalz inzwischen auch von Seiten der Politik anerkannt. So heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag der rot-grünen Koalition: „Jugendverbände leisten wertvolle Beiträge für die Entwicklung sozialer Kompetenzen bei jungen Menschen.“

Grund zum Jubel gibt es leider dennoch nicht. Denn die verbale Anerkennung der außerschulischen Bildung geht aktuell mit einer zunehmenden zeitlichen Verdichtung und dem Verlust von Freiräumen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene einher. So führen verschiedene bildungspolitische Reformen, wie die Einrichtung der Ganztagschulen, die Verkürzung der Schulzeit (G8) und die Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master zu einer zeitlichen Verknappung. Überladene Lehrpläne, eine hohe Prüfungsdichte und immer weniger Wahlmöglichkeiten führen – teilweise auch entgegen des erklärten Willens des Gesetzgebers – faktisch zu einer weitgehenden Verregelung und Verschulung des Alltages von Kindern und Jugendlichen. Darauf haben zuletzt auch die Demonstrationen im Kontext des Bildungsstreikes immer wieder hingewiesen.

Unter dieser zeitlichen Verdichtung leiden das ehrenamtliche Engagement junger Menschen und damit nicht zuletzt auch die wichtigen Möglichkeiten der außerschulischen Bildung. Jugendverbände, Gremien der Selbstverwaltung an Hochschulen und weitere zivilgesellschaftliche Institutionen berichten übereinstimmend, dass gerade ehrenamtlich engagierte Kinder und Jugendliche unter einem immer größeren Druck stehen. Das kann auch der geistigen und körperlichen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schaden, die sich häufig einer strukturellen Überforderung ausgesetzt und vor die Wahl gestellt sehen, ob sie ihr Engagement einschränken oder z.B. schlechtere Noten in Kauf nehmen bzw. ihr Studium nicht in der vorgegebenen Zeit beenden können. Unter der zeitlichen Verdichtung und der Einschränkung von außerschulischen Freiräumen leidet letztendlich aber auch die Qualität der schulischen Bildung, da die adäquate Verarbeitung von Fachwissen und die Einleitung von nachhaltigen Reflexionsprozessen ebenfalls Zeit und Raum brauchen.

Im Sinne einer umfassenden, demokratischen Bildung von Kindern und Jugendlichen, die deren Bedürfnisse und Potentiale berücksichtigt, fordern wir daher, die Freiräume für die außerschulische Bildung zu stärken. Dabei geht es uns nicht darum, einfach den Zustand vor den bildungspolitischen Reformen der letzten Jahre wieder herzustellen. Vielmehr müssen innerhalb der neuen Strukturen systematisch Freiräume geschaffen und neue Möglichkeiten für außerschulische Bildungsgelegenheiten eröffnet werden. Die Jugendverbände haben sich immer als „Werkstätten der gelebten Demokratie“ verstanden. Angesichts der neuen technischen Möglichkeiten durch das Internet und der verbreiteten Hoffnungen auf eine Erneuerung der Demokratie ist ihr Bildungspotential heute hoch aktuell. Denn eine weitgehende Partizipation in allen Lebenslagen ist der beste Ansatzpunkt für eine nachhaltige soziale, politische und persönliche Bildung. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Bedingungen außerschulischer Bildung und zur institutionellen Absicherung von entsprechenden Freiräumen liegen – wie auch die Anregungen in den Beschlüssen der letzten vier Vollversammlungen des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz zeigen –

bereits vor. Die verantwortlichen Akteure in Politik, (Hoch-)Schulen und Wirtschaft sind in der Verantwortung, auf diese Forderungen endlich einzugehen.

Forderungen zur Verbesserung der Bedingungen der Jugendarbeit:

**Ein Recht auf Freistellung für ehrenamtliches Engagement.** Der Ausbau der Ganztagschulen hat eine Reihe positiver Effekte, er darf aber nicht dazu führen, dass Kinder und Jugendliche in ihren Wahl- und Engagementmöglichkeiten eingeengt werden. Ein Recht auf Freistellung für ehrenamtliches Engagement und/oder die Teilnahme an Aktivitäten der Jugendverbände schafft hier Abhilfe.

**Die Anrechnung von ehrenamtlichem Engagement auf die Regelstudienzeit.** Wer sich ehrenamtlich engagiert, beispielsweise als Gruppenleiter/in, der/die braucht dafür Zeit. Diese könnte z.B. in Form von Freisemestern für nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement gewährt werden.

**Die Flexibilisierung der Prüfungszeiten an den Hochschulen.** Viele Prüfungen fallen aktuell genau in die Ferienzeiten, so dass es für viele ehrenamtliche JugendgruppenleiterInnen, die häufig studieren, keine Möglichkeiten mehr gibt dort teilzunehmen. Eine schnelle Flexibilisierung der Prüfungszeiten ist daher notwendig. Dazu gehört auch, dass die Prüfungen im Sinne der Planungssicherheit der Ehrenamtlichen frühzeitig bekannt gegeben werden.

**Die wissenschaftliche Untersuchung der Auswirkungen der bildungspolitischen Reformen.** Das genaue Ausmaß der Auswirkungen, z. B. der zeitlichen Verdichtungsprozesse auf das ehrenamtliche Engagement von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz ist bisher unbekannt. Daher ist eine systematische wissenschaftliche Analyse der Auswirkungen nötig, um problematische Bereiche zu identifizieren und die Suche nach Alternativen zu ermöglichen.

**Verbindliche Freistellungsregelungen für das ehrenamtliche Engagement von SchülerInnen und Studierenden.** Zwar besteht die Möglichkeit auf Freistellung für ehrenamtliches Engagement in Rheinland-Pfalz formell bereits, bisher wird sie jedoch an einigen Schulen und Hochschulen restriktiv gehandhabt. Hier sind die zuständigen Stellen in Politik, Schulbetrieb und Wirtschaft gefragt, um z.B. durch eine Empfehlung des Bildungsministeriums und eine entsprechende Politik an (Hoch-)Schulen und in den Betrieben, für Klarheit zu sorgen.

**Ausbau der finanziellen Förderung außerschulischer Bildungsorte.** Obwohl ein Großteil sozialer Kompetenzen nicht in den Schulen und Hochschulen, sondern in den nonformalen und informellen Lernsettings der Jugendarbeit vermittelt wird, beträgt deren Förderung bisher nur einen Bruchteil der Ausgaben für den Bereich der formalen Bildung. Daher ist ein kontinuierlicher Ausbau dieser Förderung nötig, um ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gerecht zu werden. Damit dies nicht zu Lasten der schulischen Bildung geht, braucht es eine ausreichende Finanzierung des gesamten Bildungsetats.

**Entzerrung der Lehrpläne und Entschleunigung der formalen (Aus-)Bildung.** Demokratie lebt von der Selbstorganisation, dem Engagement und der Autonomie ihrer BürgerInnen. Gegen die häufig von ökonomischen Erwägungen getriebenen Versuche einer Verdichtung und Beschleunigung von (Aus-)Bildungsprozessen gilt es - im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsbegriffes - Freiräume zu bewahren und wo möglich auszubauen. In diesem Sinne sollten auch die Lehrpläne an Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetrieben dahin gehend überprüft werden, ob Möglichkeiten bestehen, die Lehrpläne zu entzerren und die formalen Ausbildungsprozesse zu entschleunigen. Denn Kindheit und Jugend sind (nicht nur) entwicklungspsychologisch betrachtet mehr als bloß Stationen auf dem Weg zum Arbeitsmarkt: Sie haben einen Eigenwert und sollten dementsprechend auch bildungspolitisch anerkannt werden.

Die Jugendverbände stehen mit ihren Forderungen nach mehr Zeit zum Leben und Lernen für Kinder und Jugendliche nicht allein. Studierende, SchülerInnenvertretungen, politische Jugendorganisationen, Gewerkschaften, WissenschaftlerInnen und viele andere Akteure der

Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz teilen die Kritik an der zeitlichen Verdichtung und Verregelung. Mit ihnen strebt der Landesjugendring eine enge Abstimmung und Koordinierung an, um der Forderung nach mehr Freiräumen für die Jugendarbeit gemeinsam Nachdruck zu verleihen.

*Mit 1 Enthaltung beschlossen durch die 105. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 12.05.2012 in Osthofen.*